

175 Milliarden Euro-Rettungspaket

Der Wahnsinn geht weiter

21. Mai 2010

Wir erleben zur Zeit die schwerste Krise Europas seit Jahrzehnten. Wieder einmal wurde in einer Nacht und Nebel-Aktion ein Rettungspaket geschnürt, um die Folgen von Spekulationen auf den Finanzmärkten einzudämmen. Vor zwei Wochen hat der Deutsche Bundestag über Hilfen in Höhe von 22,4 Mrd. Euro abgestimmt und in der Debatte hieß es von Seiten der Koalitionsfraktionen, dass „es kein einziger Cent mehr,, werde. Noch am selben Tag flog Frau Merkel nach Brüssel. Dort wurde über die unmittelbare Notwendigkeit weiterer dramatischer Schritte beraten und finanzielle Garantien mit vielfach höheren Beträgen und möglichen Risiken für die deutschen Steuerzahler beschlossen. Dies lässt nur zwei Schlüsse zu: Entweder hat die Bundesregierung den Deutschen Bundestag bewusst getäuscht. Oder sie ist unvorbereitet in die Verhandlungen nach Brüssel gegangen und wurde von den Ereignissen überrascht. Das ist ein weiterer Höhepunkt in der seit Monaten praktizierten Verschleppung von Entscheidungen und Verweigerung von Informationen gegenüber Parlament und Öffentlichkeit. Es wurde ein solcher Zeitdruck aufgebaut, dass der Deutsche Bundestag seinem Mitwirkungsrecht substantiell nicht mehr nachkommen kann.

Dies ist allerdings nicht der einzige Grund, warum die SPD-Bundestagsfraktion dem Rettungspaket nicht zustimmen kann. So sind wichtige vertragliche Details über

die Auszahlungsmodalitäten noch vollkommen unklar.

Die SPD-Bundestagsfraktion kann diese Politik der Bundesregierung nicht mittragen. Wir brauchen eine andere Richtung in der Europa- und Wirtschaftspolitik. Wir unterstützen keine Politik, die zu sozialen Kürzungsmaßnahmen führen wird, weil sich die Regierung nicht traut, die Schuldigen an den Finanzmärkten an den von ihnen verursachten Kosten wirklich zu beteiligen. Wir brauchen eine wirksame Kontrolle der Finanzmärkte, eine Finanztransaktionssteuer und ein klares Bekenntnis zum Primat der Politik, denn sonst werden wir in immer kürzeren Abständen solche Krisen erleben.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Deutschland soll sich mit bis zu 147 Milliarden Euro am Euro-Rettungspaket beteiligen. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Kosten allein am Steuerzahler hängen bleiben. Es müssen Lösungen gefunden werden, die nicht Kürzungen bei Kindergärten, Schulen und Rentnern nach sich ziehen. Die SPD hat mit der Finanzmarktsteuer einen Vorschlag gemacht. Nun ist es an der Bundesregierung der Krise verantwortungsvoll und sozial gerecht zu begegnen. Euer,



Achim Barchmann

